



Wahlprüfsteine der BISF im Vorfeld der Kommunalwahl im Mai 2014

Die Bürgerinitiative Schönes Falkensee e.V. (BISF) befragte im Vorfeld der Kommunalwahl im Mai 2014 – und damit als Entscheidungshilfe für die Wahl – die in der Stadtverordnetenversammlung vertretenen Parteien, wie sie zu verschiedenen Falkensee-spezifischen Themen stehen. Hier sind die Fragen und Antworten, für die wir den Parteien danken, sortiert nach den Parteinamen in alphabetischer Reihenfolge:

1) Bürgerbeteiligung allgemein

Viele Bürgerinnen und Bürger der Stadt Falkensee beklagen, dass sie mit ihren Wünschen von der Stadtverwaltung nicht ausreichend ernst genommen, informiert bzw. in Entscheidungen eingebunden werden. Bürgerveranstaltungen wie etwa zum Anliegerstraßenbau werden oft als „Alibi“ empfunden, da die Anwohner anscheinend wenig an den Planungen ändern können und das jeweilige Planungskonzept offenbar oft schon weitgehend feststeht.

Wie wollen Sie dafür sorgen, dass der Bürgerwille künftig ernster genommen wird als bisher und die Bürger bessere Mitspracherechte bekommen als bisher?

ABÜ:

Jeder Bürger Falkensees hat seit einigen Jahren die Möglichkeit sich über die Planungen für den Straßenbau zu informieren. Das kann über das Internet, im Rathaus und auch über die Abgeordneten in der SVV geschehen. Im Masterplan ist der Zeitraum des Ausbaus über lange Jahre bestimmt worden. Es gibt in den meisten Fällen die Möglichkeit sich darauf auch finanziell vorzubereiten.

Mitbestimmung geschieht hier nicht nur pro forma, sondern tatsächlich. Nicht alle "Bürgerwünsche" sind aber umsetzbar. Allgemeine, gesellschaftliche Interessen wie Verkehrssicherheit für Jung und Alt, Haltbarkeit, Naturschutz gehen hier eindeutig vor individuellen Zielen oder Wünschen. Das gilt ebenso wie der Wunsch einiger, aus Falkensee eine "Autostadt" zu machen! Sicherheit und Räume für Fußgänger und Fahrradfahrer sind lange vernachlässigte Bereiche.

Die Finanzierung des Straßenbaus wird aber am häufigsten, lautesten und oft mit fadenscheinigen Argumenten diskutiert. Nicht immer ehrlich!

CDU:

In unserem aktuellen Wahlprogramm haben wir uns explizit dafür ausgesprochen, Bürger/innen noch stärker in den Meinungsbildungsprozess einzubeziehen. Wir haben dazu Folgendes ausgeführt:

„Falkensee ist eine Stadt, in der frühzeitige Bürgerbeteiligung und Transparenz Garantien für ein friedliches und innovatives Miteinander sind!

Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt: Die Falkenseerinnen und Falkenseer wollen sich einmischen und mitreden; sie wollen diese Stadt mitgestalten. Davon zeugen u. a. die Bürgerinitiativen, die sich in den letzten Jahren gebildet haben, aber auch die vielen Anregungen, die einzelne Bürgerinnen und Bürger an die Verwaltung oder die politischen Parteien gerichtet haben. Dies

leistet einen wichtigen Beitrag für die demokratische Willensbildung und bietet die Grundlage für Empfehlungen an die Verwaltung oder die politischen Gremien. Die CDU Falkensee steht für eine frühzeitige Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger und für einen Meinungs austausch auf Augenhöhe. Voraussetzung ist, dass seitens der Verwaltung umfassend über Inhalte und Prozesse informiert wird und auf dieser Grundlage in einem effizienten Verfahren sachlich und konsensorientiert Lösungen erarbeitet werden. Nur so kann es gelingen, in einem Klima gegenseitigen Respekts für alle Beteiligten akzeptable Entscheidungen zu treffen. Die CDU wird ihren Beitrag dazu in moderierten Bürgerforen leisten und die Stadtverwaltung auffordern, je nach Thema, entsprechende Beteiligungsformen zu finden.“

Darüber hinaus wollen wir für die Verwaltung:

- regelmäßige Bürgerbefragungen zu den Serviceleistungen der Verwaltung
- in geeigneten Bereichen die Einführung von E(lectronic) Government, damit Verwaltungsleistungen nachfrageorientiert und zeitsparend über elektronische Medien erledigt werden können.
- bürgerfreundliche Öffnungszeiten
- möglichst schnelle Reaktionszeiten auf Anfragen und Anregungen
- die Straffung von Verwaltungsabläufen und den Abbau bürokratischer Hemmnisse, damit u. a. Bearbeitungszeiten verkürzt werden können.

FDP:

Die FDP Falkensee setzt sich eine breite Bürgerbeteiligung bei stadtpolitischen Entscheidungen ein. Unsere Grundauffassung ist: nur die Entscheidungen, die von den Bürgern mitgetragen werden, haben dauerhaft Bestand und fördern das Gemeinwohl. So haben wir beim Anliegerstraßenbau konsequent gefordert, dem Bürgervotum beim Ausbaustandard zu folgen. Wir haben aus diesem Grund auch den Einwohnerantrag zum Anliegerstraßenbau unterstützt. Ebenso hat die FDP bei städtebaulichen Entscheidungen („Quartiersplanung“; Verkehrsberuhigung; Errichtung von Bolz- und Spielplätzen; Ausbau von Kinderbetreuungs- und Bildungsangeboten) gefordert, die Eingaben und Hinweise von Bürgern bei den Interessenabwägungen der SVV stärker zu berücksichtigen. Die FDP unterstützt niedrigere Quoren bei der Einwohnerbeteiligungssatzung, stärkere Bürgerbeteiligung beim Anliegerstraßenbau, die Etablierung eines Bürgerhaushalts, die breite öffentliche Beteiligung zur Entwicklung eines städtebaulichen Leitbildes.

Grüne:

Das Thema Bürgerbeteiligung steht für uns auf der Agenda ganz oben. Wir haben es zu einem der zentralen Themen unseres Kommunalwahlkampfes gemacht. Wir teilen die Einschätzung, dass die Stadtverwaltung und die Mehrheitsparteien die Bürgerbeteiligung nicht ausreichend ernst nehmen und wohl eher als Störung empfinden. Als Beispiel mag gelten, dass SPD und CDU in der SVV den städtebaulichen Vertrag zum Projekt „Trafowerk“ durchgebracht haben, bevor die Bürgerbeteiligung im B-Plan-Verfahren ausgewertet und beschlossen ist.

Bürgerbeteiligung fällt nicht vom Himmel, sondern ist auch bürgerschaftliche Aufgabe und muss je und je wieder neu eingefordert werden. Wir werden also Initiativen, die sich zu Wort melden, politisch immer unterstützen – nach Prüfung der Sachlage und solange sie nicht rein populistische oder eigennützige Ziele verfolgen.

Linke:

So haben wir die Bürgerversammlungen zum Anliegerstraßenbau eigentlich nicht empfunden. Gerade hier ist ja eine Entwicklung zu mehr Bürgerbeteiligung zu verzeichnen.

Uns geht aber Bürgerbeteiligung in unserer Stadt noch nicht weit genug. Mit unserem „Livestream-Antrag“ wollten wir die Informationsmöglichkeiten der Bürger, insbesondere benachteiligter Bürger, drastisch verbessern.

Wir sind der Auffassung, dass Entscheidungen der Verwaltung und Beschlüsse der SVV eine frühzeitige Bürgerbeteiligung benötigen.

Es sollte unbedingt das Jugendparlament wiederbelebt werden, um die Belange der Kinder und Jugend wieder mehr in die Entscheidungsprozess einzubeziehen.

Wichtig ist uns die Unterstützung des Seniorenbeirates und des Rates zur Teilhabe von Menschen mit Behinderung.

Wir unterstützen natürlich weiterhin alle Bürgerinnen und Bürger, die in Bürgerinitiativen zur nachhaltigen Stadtentwicklung beitragen.

SPD:

Leider gibt es immer wieder politische Kräfte in Falkensee, die gezielt den Eindruck vermitteln wollen, dass Wünsche von Bürgerinnen und Bürgern von der Stadtverwaltung nicht ernst genommen werden. Dabei wird bewusst oder unbewusst „Wünsche ernst nehmen“ mit „Wünsche erfüllen“ verwechselt.

Gerade politische Entscheidungen - beispielsweise zum Anliegerstraßenbau - sind in der Regel nicht Entscheidungen der Stadtverwaltung, sondern der Stadtverordnetenversammlung. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt Meinungen der Bürgerinnen und Bürger sehr ernst. Allerdings sind die Wünsche auch oft völlig entgegengesetzt.

An einem Beispiel soll das deutlich gemacht werden: Der Seniorenbeirat und auch viele Menschen mit Behinderungen wünschen sich Gehwege auch an Anliegerstraßen. Viele beitragspflichtige Anlieger der Straßen wünschen sich möglichst geringe Beiträge und sind deswegen gegen einen Gehweg an ihrer Straße.

Sofort wird erkennbar: Stadtverordnetenversammlung und Stadtverwaltung könne zwar beide Wünsche „ernst nehmen“ aber nur den Wunsch der einen Seite „erfüllen“. Dieser Konflikt lässt sich auch nicht durch mehr „Mitspracherechte“ lösen. Unabhängig davon sei angemerkt, dass wir sehr oft von Bürgerinnen und Bürgern hören, dass die Einbeziehung der Anlieger ein Falkensee im Verhältnis zu vielen anderen Städten und Gemeinden vorbildhaft ist. Wir werden das Verfahren zur Vorbereitung des Anliegerstraßenbaus auch in den nächsten Jahren weiterentwickeln.

2) Natur und Umweltschutz

Falkensee bezeichnet sich gern als „Gartenstadt“. Die BISF hat den Eindruck, dass in der Stadt nicht genug getan wird, um das Grün der Stadt zu schützen und zu mehren. Aus Sicht der BISF sollte mehr Geld für die Grünpflege in den Haushalt der Stadt eingestellt werden. Attraktive Bepflanzungen im Stadtbild haben Seltenheitscharakter. Es scheint, als ob zu schnell Fällgenehmigungen erteilt werden. Bei Bebauungsplänen kommt es vor, dass sie ohne ausreichende Umweltprüfungen erstellt werden.

Wie wollen Sie dafür sorgen, dass sich in Falkensee ein positives „grünes“ Erscheinungsbild etabliert und mehr für die Natur und die Umwelt getan wird?

ABÜ:

Falkensee soll eine "grüne Gartenstadt" bleiben, Bestrebungen Grünflächen zu bebauen, werden ebenso abgelehnt wie die Ansiedlung zusätzlicher, großflächiger Handelsplätze. Das heißt aber nicht, dass jegliche Belegung des Zentrums abgelehnt wird. Die Anrainer des Zentrums Seefeld um die Bahnhofstraße und den Bahnhof bis hin zum Falkenhagener Anger sind aufgefordert für eine Belegung dieses Bereiches aktiv zu werden. Visionen, Vorschläge und auch Investitionen sind gefragt.

Wir dürfen nicht nur darauf warten, dass andere kommen und investieren. Auswärtige Investoren haben da eigene Vorstellungen von der "Zukunft" der Stadt Falkensee.

CDU:

Auch dazu haben wir eine Aussage in unserem Wahlprogramm getroffen:

„Falkensee ist eine Stadt im Grünen!

Viel Natur, weite Felder, der See und große Gärten sind eine Stärke Falkensees und der Grund, weshalb viele Menschen Falkensee als Wohnort gewählt haben. Wir wollen deshalb möglichst wenig Flächen bebauen, die noch nicht als Bauland ausgewiesen sind. Die Notwendigkeit für Neubauprojekte auf der grünen Wiese sehen wir nicht. Unsere Naherholungsgebiete, wie z. B. den Falkenhagener See oder den Geschichtspark wollen wir erhalten und pflegen.“

Darüber hinaus wollen wir den Gutspark neu gestalten, alten Baumbestand schützen und neuen entwickeln; mit Bäumen auch im Straßenbau behutsam umgehen und das Nutzungskonzept für den Falkenhagener See weiterentwickeln, um nur einiges zu nennen. Außerdem halten wir es für richtig gebietsbezogenen Mindestgrundstücksgrößen vorzugeben und die Bebaubarkeit so zu gestalten, dass keine Nachverdichtung erfolgt.

FDP:

Die FDP Fraktion in der SVV Falkensee nimmt die Belange des Umweltschutzes sehr ernst. Der punktuelle Blick auf einzelne Grünflächen hat in der Stadt bislang keine nachhaltige Entwicklung von Natur und Parkanlagen bewirkt. Daher hat die FDP Fraktion auch einen Antrag zur Entwicklung eines städtischen Grünflächenkonzepts gefordert, wie es z.B. in den Städten Zürich oder Freiburg i.Br. erfolgreich angewendet wird.

Grüne:

Die Fraktion Grüne/ABü hat in einer der letzten Sitzungen der aktuellen Stadtverordnetenversammlung einen Antrag eingebracht, dass der Zusatz „Gartenstadt“ in den offiziellen Stadtnamen aufgenommen werden soll. Damit wollten wir einen parteiübergreifenden Konsens zum Ausdruck bringen, in welche Richtung die Entwicklung der Stadt voran gebracht werden soll. Leider hat die Mehrheit in der SVV diesen Antrag nicht übernommen.

Die Fraktion Grüne/ABü hat zu Beginn der ablaufenden Wahlperiode die Aufstockung des Grün-Etats der Stadt beantragt und damals auch mit einer Mehrheit durchsetzen können. Seither gilt dieser Ansatz in den jährlichen Haushalten. Für eine schöne Bepflanzung aber immer noch zu wenig.

Insbesondere den Gutspark wollen wir zum „Wohnzimmer“ der Stadt aufwerten. Er soll schöner werden für Kinder, für Familien, Jugendliche und Senioren. Neben einem Kinderspielplatz, der vormittags auch Schulhof - oder besser Schulspielplatz - der Europa-Schule sein sollte und den Kindern der umgebenden Kitas und Horte zur Verfügung stehen soll, könnte der Park Cafés und Entspannungs- und Spielmöglichkeiten für Jung und Alt bieten.

Wir sind klar für den Erhalt der bestehenden Baumschutzsatzung und deren Einhaltung. B-Plänen ohne ausreichende Umweltprüfung stimmen wir nicht zu.

Linke:

Nach unserem Wahlprogramm wird es keine Umwandlung von Wald- und Grünland zu Bauland geben. Keine Bebauung im Außenbereich und auch keine neuen innerstädtischen Wohnbausiedlungen erhalten unsere Zustimmung. Ökologisch- und infrastrukturell verträgliche Verdichtung der vorhandenen Siedlungsstruktur mit der Erhaltung des Gartencharakters hat für uns Priorität.

Die konsequente Umsetzung der Baumschutzsatzung (Neupflanzung) und die Verhinderung der Baumfällungen bei Straßenbaumaßnahmen werden wir weiterhin verfolgen.

Wir unterstützen hier die „Baumschutzgruppe Finkenkrug“ und auch die „Lokale Agenda“.

SPD:

In den letzten Jahren wurden auf den Straßen und Plätzen der Stadt etwa viermal so viele Bäume gepflanzt als gefällt. Da auch Bäume ein begrenztes Lebensalter haben, ist dieses deutliche mehr an Pflanzungen ein klar erkennbares Zeichen für die Nachhaltigkeit der Politik in Falkensee. Weniger Bäume gibt es dagegen auf den privaten Grundstücken. Das hängt allerdings auch damit zusammen, dass kriegsbedingt viele Grundstücke über Jahrzehnte verwildert waren sowie im Zuge von Baumaßnahmen im Baufenster Fällungen zulässig sind. Die Baumschutzsatzung der Stadt regelt dies. Wir halten die Regelungen in der Baumschutzsatzung auch für streng genug. Manchmal besteht bereits der Eindruck, dass Grundstückseigentümer keine Bäume mehr freiwillig pflanzen, weil sie befürchten, später Probleme zu bekommen.

Davon ausgehend, dass die Bevölkerung von Falkensee gerade wegen des „grünen“ Charakters der Stadt hier wohnt haben wir allerdings Vertrauen dazu, dass diese Bevölkerung auch gerade auf den eigenen Grundstücken wieder mehr Grün zulassen wird. Mehr kommunaler oder staatlicher Zwang erscheint nicht nachvollziehbar, wenn doch die meisten auch nach Ihrer Meinung dafür sind, den Charakter als Gartenstadt zu stärken und mehr für Umwelt und Natur zu machen.

3) Lärmaktionsplan

Aus dem Lärmaktionsplan der ersten Stufe aus dem Jahr 2008 wurden nur wenige Maßnahmen umgesetzt, der Großteil blieb unbearbeitet. Es scheint, als verfolge die Stadt Falkensee die Lärmreduzierung für die Bürgerinnen und Bürger nicht ernsthaft. In diesem Jahr wird die zweite Stufe des Lärmaktionsplans angegangen, in der weitere Straßen in Falkensee unter die Lupe genommen werden. Es wird jedoch befürchtet, dass das Instrument Lärmaktionsplan wenig Nutzen entfaltet und die Maßnahmenvorschläge wieder in der Schublade verschwinden. Zudem scheint der Bahn- und Fluglärm nicht genügend betrachtet zu werden.

Wie wollen Sie der Lärmreduzierung ein stärkeres Gewicht verleihen und welchen Nutzen sollen die Bürgerinnen und Bürger davon haben?

ABÜ:

Lärmaktionsplan und Verkehrsentwicklungsplan sind nicht getrennt zu betrachten. Frühere Pläne wurden nicht zureichend beachtet und umgesetzt. Durch Regelungen der "großen Politik" wie z. B. die Mautpflicht auf der B 5 wurden die alten Pläne zusätzlich negativ beeinträchtigt. Abhilfe gegen zusätzliche Verkehrs- und Lärmbelastung wurde weder initiiert noch umgesetzt.

Es gibt einen riesigen Nachholbedarf! LKW-Durchgangsverkehr muss ebenso dringend aus Falkensee herausgehalten werden wie auch die Beruhigung des innerörtlichen Verkehrs durch Temporeduzierung und andere sinnvollen Maßnahmen (Verkehrsberuhigung, Fußgängerzonen u. a.) hergestellt werden muss.

Das erhöht die Lebensqualität in unserer Stadt mehr als ein neues Einkaufszentrum als Konkurrenz zum Havelpark, das nicht die Chance hätte, die Qualität Berliner "Edel-Einkaufsviertel" zu erreichen.

Das geplante, ja schon beschlossene Einkaufszentrum im Gebiet des ehemaligen Trafowerks konkurrenziert diese Bestrebungen, in dem es die Verkehre massiv in die Stadt zieht (bis zu vier Kreisel im Bahnhofsbereich und die Lieferzufahrt für das Center ebenfalls über die Schwarzkopffstraße!!), das ist unmöglich.

CDU:

Lärmschutz hat u. a. mit Verkehrsentwicklung und -planung zu tun. Wir werden 2015 einen neuen Verkehrsentwicklungsplan für Falkensee beauftragen. Wir erhoffen uns im Ergebnis u. a. auch Vorschläge zu einer effektiveren Verkehrslenkung des motorisierten Verkehrs, die den Verkehr und den Lärm entweder aus der Stadt weitgehend heraushält (Nordumfahrung) oder - auch im Sinne

des Verkehrsflusses - besser verteilt. Wir setzen uns für eine Verlängerung des Brunsbütteler Damms zur L 20 ein. Die Vorschläge für Maßnahmen aus dem Lärmaktionsplan werden auf ihre Wirksamkeit und Verhältnismäßigkeit geprüft und im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten umgesetzt. Die Befürchtungen, dass der LAP nicht genügend Nutzen entfaltet, sehen wir nicht. Im Gegenteil hat die Stadt freiwillig Straßen einbezogen, die nicht hätten einbezogen werden müssen.

Die Eisenbahnstrecke ist einbezogen. Lärmkarten des EBA liegen allerdings noch nicht vor. Maßnahmen wären von der DB umzusetzen.

Der Lärm des Flugverkehrs liegt nicht über den Auslösewerten. Verantwortlich wäre das Land Brandenburg.

Dennoch sehen wir uns in der Pflicht, ggf. an die Verantwortlichen heranzutreten, um auch subjektiv als störend empfundenen Lärm zu minimieren. Dies ist in der Vergangenheit auch bereits erfolgt.

FDP:

Nach Auffassung der FDP Falkensee sind die Probleme der Lärmemission im Stadtgebiet Ergebnis ungelöster Probleme der Verkehrs- und Stadtentwicklung. Daher fordert die FDP, vor Umsetzung des Lärmaktionsplans Stufe II den Verkehrsentwicklungsplan fortzuschreiben, aktuelle Schwerpunkte der Lärmentwicklung und -emission zu analysieren und im Rahmen von Quartiersplanungen zusammen mit den Bürgern geeignete Lösungen zu entwickeln. Neben einem besseren ÖPNV-Angebot (einschließlich P&R-Parkplätzen) fordern wir, den Durchgangs- und Schwerlastverkehr aus der Stadt und um die Stadt herum umzuleiten.

Grüne:

Der Lärmaktionsplan – derzeit in der zweiten Stufe – ist eine Pflichtaufgabe der Stadt. Wir werden darauf bestehen, dass die Verwaltung und die SVV diese Aufgabe ernst nimmt. Dazu gehört auch eine Evaluation der Maßnahmen der ersten und später der zweiten Stufe.

Die Grünen waren in der ablaufenden Wahlperiode immer der Meinung, dass Lärmaktions- und Verkehrsentwicklungsplan zusammen gehören. Leider hat auch das die Ratsmehrheit anders gesehen. Selbst innerhalb der SPD gibt es gewichtige Stimmen, die hier eine große Notwendigkeit sehen, dass die Verwaltung und die Führung der Mehrheitsfraktionen ihre Positionen und Umgangsweise mit diesem Thema grundlegend modernisieren. Lärmaktionsplan, Verkehrs- und Stadtentwicklungskonzept sind große und grundlegende Aufgaben für die nächste Stadtverordnetenversammlung. Die Grünen werden in diese Diskussionen immer die Aspekte Umweltschutz und Nachhaltigkeit einbringen. Gern stehen wir damit der BISF als Gesprächs- und auch als Bündnispartner zur Verfügung.

Bahn- und Fluglärm sind leider nur mittelbar kommunale Angelegenheiten. Umso mehr ist es nötig, hier die Interessen der Einwohner der Stadt nach außen klar und konsequent zu formulieren.

Linke:

Wir setzen uns dafür ein, dass alle Maßnahmen zum Lärmschutz in Falkensee, insbesondere der Maßnahmen aus dem Lärmaktionsplan zeitnah umgesetzt werden und wir unterstützen alle Initiativen zur Reduzierung der Lärmbelastung.

Die Fluglärmbelastung sollte sich mit der Inbetriebnahme des BBI spürbar reduzieren.

SPD:

Mit dem in Arbeit befindlichen Lärmaktionsplan wird der Lärminderung durch Straßenlärm für jeden nachvollziehbar mehr Gewicht gegeben. Der Nutzen ist weniger Lärm für die Anlieger hoch belasteter Straßen.

Mit der Schließung des Flughafens Tegel wird der Fluglärm in Falkensee signifikant abnehmen. In Bezug auf den Bahnlärm fordert Falkensee seit vielen Jahren Lärminderungsmaßnahmen durch die Deutsche Bahn AG. Leider ist die Rechtsposition der Stadt derzeit eher schwach. Sollte es zu neuen Genehmigungsverfahren zur Bahnlinie kommen, wird der Lärmschutz ein wichtiger Bestandteil der Forderungen an die Deutsche Bahn AG sein.

4) Öffentlicher Nahverkehr

Die BISF setzt sich seit Jahren für eine Stärkung des Öffentlichen Personennahverkehrs in Falkensee ein. Neben positiven Entwicklungen im Regionalbahn- und Busbereich gibt es weiterhin Mängel und neue Probleme. So wird der „wilde“ Park&Ride-Parkplatz am auch von Falkenseern stark genutzten Bahnhof Berlin-Albrechtshof von der Deutschen Bahn geschlossen. Am Falkenseer Bahnhof Seegefeld ist für Pendler noch nicht viel unternommen worden. Die Parkplätze am Falkenseer „Hauptbahnhof“ sind überfüllt und weisen noch zu wenige Stellplätze auf. Einige Stadtgebiete werden durch den Bus nur unzureichend erschlossen.

Planen Sie eine Verbesserung des ÖPNV-Angebotes bzw. welche Maßnahmen sehen Sie vor, um den ÖPNV in Falkensee attraktiver zu machen und zu stärken?

ABÜ:

Der ÖPNV bedarf einer größeren Aufmerksamkeit, er müsste wesentlich ausgebaut werden. Die Taktfrequenz ist nicht ausreichend, damit ist er relativ uninteressant.

Die derzeitige Umstrukturierung von Havelbus ist im Gange, wir müssen den Landkreis zum Ausbau und zur Steigerung der Attraktivität von Havelbus anhalten.

Das kostet! Aber, wir werden alle älter, unsere Kinder sollen sich auch selbständig im Ort bewegen können; deshalb sollten wir alle solidarisch auch für höhere Aufwendungen für den ÖPNV einstehen!

Rufbusse und ehrenamtliche Fahrbereitschaften dürfen nur kurzfristige Behelfe sein!

CDU:

Dazu haben wir in unserem Wahlprogramm ausgeführt:

„Falkensee braucht eine schnelle und verlässliche Regionalbahnanbindung!

S-Bahn-Träume bringen Falkensee nicht weiter. Sie blockieren den Ausbau der Schieneninfrastruktur, der dringend nötig ist, um den Regionalverkehr zu verbessern und diese schnelle Verbindung von und nach Berlin zu verstetigen. Die CDU setzt sich schon seit langem auf Landes- und auf Bundesebene dafür ein, mindestens zwischen Nauen und Berlin ein drittes bzw. viertes Gleis für die Regionalbahnanbindung zu bauen. Und wir sind zuversichtlich: Selbst die Landesregierung lehnt inzwischen die unwirtschaftliche und pendlerunfreundliche Verlängerung der S-Bahn nach Falkensee ab. Aber Absichtserklärungen müssen Taten folgen!“

Darüber hinaus wollen wir ein Rufbusangebot etablieren. Verbesserungen des Busverkehrs müssen gemeinsam mit dem Landkreis geprüft werden. Bedarf sehen wir vor allem bei der Verbesserung von Anschlüssen und zu den Randzeiten.

FDP:

Die Taktung des Bahnverkehrs ist zu verbessern, insbesondere mit dem innerstädtischen Busverkehr besser abzustimmen. Am Bahnhof Seegefeld sind die Planung der Stadt zur Errichtung eines P&R-Parkplatzes voranzubringen. Ebenso sollte die Stadt im Einvernehmen mit den im Zentrum betroffenen Bürgern Flächen erwerben, um sie in P&R-Plätze umzuwidmen. Im Rahmen der Errichtung eines Einkaufszentrums (Scharenbergstraße) ist streng darauf zu achten, dass die geplanten Parkplätze auch errichtet werden. Die am Gesundheits- und Familienzentrum seinerseits in

Aussicht gestellten Stellplätze wurden nie zu 100% errichtet. Dies ist jetzt im Einklang mit der Errichtung des Einkaufszentrums umzusetzen.

Grüne:

Als kommunale Oppositionspartei kann man nicht einfach eine Verbesserung des ÖPNV-Angebotes „planen“. Selbst die Ratsmehrheit kann das nur begrenzt, weil der Busverkehr Kreisangelegenheit und der Schienenverkehr Landessache ist.

Aber wir Grünen setzen uns seit Jahren für eine eindeutige Entscheidung für den Ausbau der Regionalbahn ein – und entscheiden uns damit gegen die Option S-Bahn-Verlängerung von Spandau nach Falkensee. Der Grund ist, dass wir das für die leistungsfähigere Lösung halten, zumal mit der S-Bahn Finkenkrug schon nicht selbstverständlich und Brieselang gar nicht zu erreichen ist. Die stetig steigende Nutzung des ÖPNV machen auf der Schiene (Hamburger Bahn) jetzt Entscheidungen für einen Ausbau der Infrastruktur notwendig, die die grundlegenden Weichenstellungen für die kommenden fünfzig Jahre beinhalten. Angesichts der langen Planungs- und Vorlaufzeiten bei solchen Ausbaumaßnahmen muss hier jetzt entschlossen und im Konsens aller Beteiligten – auch der Nachbarorte - gehandelt werden.

Die aktuelle Diskussion über den „wilden“ Parkplatz Albrechtshof nehmen wir zum Anlass, über „P+R“ noch einmal grundsätzlicher nachzudenken. Es gibt ja in vielen Städten – zu denen inzwischen auch Berlin gehört – durchaus Konzepte, die P+R ablehnen. Das ist auch berechtigt, wenn man bedenkt, dass die Personen, die in einen (!) Regionalzug passen, für die Autos, die sie am Bahnhof abstellen, eine Fläche von zwei Fußballfeldern benötigen. In einer Flächenstadt wie Falkensee wird es P+R-Parkplätze geben müssen. Es kann aber nicht sein, dass wir das ganze Zentrum mit solchen Flächen „zupflastern“. Vielmehr muss die Regionalbahn, die an allen Stationen hält, so ertüchtigt werden, dass sie die „Umsteiger“ aufnimmt. Es müssen also an allen Haltepunkten P+R-Plätze angelegt werden, und gleichzeitig müssen diese Haltepunkte zu Fuß, mit dem Bus und mit Fahrrädern gut und sicher zu erreichen sein. Für die Fahrräder müssen sichere und überdachte Abstellanlagen gebaut werden.

Für die Haltepunkte Albrechtshof und Seegefeld schlagen wir vor, dass die beiden Hpte. zusammen gelegt werden, um auf Spandauer Gebiet einen neuen Haltepunkt an der Hackbuschstraße oder am Klosterbuschweg einrichten zu können. Dieser neue Haltepunkt Albrechtshof/Seegefeld sollte als im Tarifgebiet B gelegen definiert werden und zwischen den beiden bisherigen Haltepunkten liegen. Dort ist ausreichend Platz für einen großen P+R-Parkplatz, der auch aus Seeburg, das zu Dallgow-Döberitz gehört, bestens zu erreichen ist. Wenn Falkensee diesen Parkplatz bezahlt ohne dass sich Dallgow daran beteiligt, sollte Dallgow im Gegenzug die Anbindung der L 20 an den Brunsbütteler Damm bezahlen. Spandau sollte sich an beiden Projekten angemessen beteiligen, weil damit eine Verminderung des motorisierten Individualverkehrs in Spandau, insbesondere in der Seegfelder Straße, erreicht wird.

Beim Bus sehen wir mit Sorge das Auseinanderbrechen der Havelbus-Gesellschaft in zwei Unternehmen der jeweiligen bisher beteiligten Landkreise. Es wurde zwar versprochen, dass das keine negativen Auswirkungen auf das Angebot haben werde, das steht aber dahin. Wir werden auf Kreisebene sehr darauf achten.

Notwendig ist, zu einer besseren Abstimmung von Bahn- und Busverkehr zu kommen. Havelbus hat Schritte in diese Richtung getan, und es hat steigende Fahrgastzahlen gegeben. An dieser Stelle muss konsequent weiter gearbeitet werden.

Konzepten wie Ruf- oder Bürgerbus stehen wir positiv gegenüber. Sicherlich wird es in einer Stadt wie Falkensee nicht mehr möglich sein, mit ehrenamtlichen Fahrern zu arbeiten, wie das in Brieselang und Dallgow-Döberitz der Fall ist.

Gegenüber einer Bedienung mit großen Linienbussen können solche Konzepte, auch wenn sie kommerziellen Charakter tragen, Kosten einsparen und eine flexiblere Bedienung ermöglichen. Unserer Meinung nach ist allerdings streng darauf zu achten, dass solche Fahrleistungen per Ausschreibung vergeben werden und auch neue und kleine Unternehmen eine faire Chance haben.

Linke:

Das Projekt „Rufbus“ sollte als Ergänzung zum sicher noch verbesserungsfähigen Busnetz der Havelbus Gesellschaft weiter ausgebaut werden. Wir sind für den durchgängigen 20- Minutentakt der Regionalbahn über den HP Falkensee hinaus. Ausbau der P+R- Plätze auch für Fahrräder.

SPD:

Aufgabenträger für den ÖPNV ist einerseits der Landkreis für den Busverkehr und andererseits das Land Brandenburg für den Regionalbahnverkehr. Diese Aufgaben können nicht durch die Stadt Falkensee übernommen werden. Unabhängig davon setzen wir uns für die Stärkung von ÖPNV und SPNV ein. Dazu gehört auch der Ausbau von Park&Ride-Angeboten in Falkensee.

Zunächst lassen Sie uns erwähnen, dass viele Kommunen in Brandenburg uns um die Angebotsstruktur von ÖPNV und SPNV beneiden. Sicher wünschen wir uns alle mehr. Wir sollten aber auch anerkennen, dass wir bereits über eine ordentliche Grundversorgung verfügen.

Vom Landkreis wünschen wir uns unabhängig davon nicht nur eine Takt-Verdichtung im Busnetz sondern wir wollen auch über ergänzende Rufbusangebote sprechen. Sicherlich wäre auch die Einrichtung eines Bürgerbusses zu begrüßen. Dazu müsste aber in der Bürgerschaft eine hinreichend ausgeprägte Bereitschaft zur Übernahme der Verantwortung für den zuverlässigen Betrieb gefunden werden.

Ein Problem stellt die Zuordnung des Haltepunktes Seegefild zur C-Wabe im Regionalbahnbereich dar. Berlin bzw. Spandau sehen aus verschiedenen Gründen keinen Bau von Parkplätzen für Kraftfahrzeuge am Haltepunkt Albrechtshof vor. Ein verfügbares und geeignetes Grundstück soll gerade für eine Wohnbebauung freigegeben werden. Wir halten das für falsch können uns aber in die inneren Angelegenheiten von Berlin nicht einmischen.

Am Haltepunkt Seegefild stehen große Flächen für den Bau eines Park&Ride-Platzes direkt an der Umgehungsstraße und der Seegefilders Straße bereit. Eine Zuordnung dieses Haltepunktes in die B-Wabe würde völlig neue Potentiale schaffen. Spandau würde eine solche Entwicklung unterstützen.

Weiterhin unterstützen wir den Bau weiterer Park&Ride-Angebote im Umfeld des Bahnhofes Falkensee.

5) Radverkehr

Trotz einiger Verbesserungen stellt die BISF fest, dass die Potentiale für den Radverkehr in Falkensee noch nicht ausreichend wahrgenommen werden. An Hauptverkehrsstraßen fehlen teilweise Radwege oder Schutzstreifen für Radfahrer auf der Fahrbahn, bestehende Routen wie der Zweirichtungsradweg entlang der Spandauer Straße sind gefährlich, an zentralen Orten wie dem Gesundheitszentrum, dem Rathaus, dem Bürgeramt und am Falkenhagener See gibt es nicht genügend attraktive (sichere, überdachte) Abstellmöglichkeiten.

Welche Verbesserungen sehen Sie für den Radverkehr in Falkensee vor?

ABÜ:

Die Sicherheit für Fußgänger und Fahrradfahrer wurde schon zu 1. und 3. beschrieben.

Sicherheit im Straßenverkehr erfordert ein Umdenken. Wir brauchen keine "Autostadt"; Umwelt und Gesundheit "schreien" förmlich nach sicheren Radwegen. Der "Gehweg - Radfahrer frei" kann auch hier keine Lösung sein! Dies ist nur ein gefährlicher Kompromiss!

Es ist inzwischen unbestritten, dass die Sicherheit nur auf Fahrradwegen gewährleistet ist. Die "Automobilisten" müssen das nun endlich einmal akzeptieren.

CDU:

Dazu haben wir in unserem Wahlprogramm ausgeführt:

„Wir wollen:

- ein überarbeitetes Verkehrssicherheitskonzept unter besonderer Berücksichtigung der Schulwegsicherung
- ein Radwegekonzept, in welchem nach der Schulwegsicherung prioritär die Radweglückenschließungen vorgesehen sind. Dazu gehört auch eine durchgehende Verbindung von Berlin-Spandau bis zum Anschluss an den Radweg nach Brieselang sowie in Verlängerung der Potsdamer Straße in Richtung Dallgow“

Bei der Radwegeführung und bei der Ausgestaltung und Sicherung der Radwege werden wir darauf achten, dass Experten einbezogen werden, um deren Vorschläge zu diskutieren.

FDP:

Die Errichtung von Abstellmöglichkeiten am Bahnhof Falkensee für Fahrräder ist zu fördern. Mit Dallgow-Döberitz sollte die Errichtung eines gemeinsamen Radwegs (parallel zur Potsdamer Straße) angestrebt werden. Die Errichtung von Fahrradstreifen bei Anliegerstraßen sollte nur im Einvernehmen mit den betroffenen Anliegern erfolgen, wobei verkehrsberuhigende Maßnahmen im Straßenbau die Errichtung von Fahrradstreifen erübrigen können.

Grüne:

Für das schlichte „Vorsehen“ gilt das im vorherigen Absatz über die Möglichkeiten einer Oppositionspartei Gesagte. Aber für uns Grüne hat natürlich der Fahrradverkehr einen außerordentlich hohen Stellenwert. In der öffentlichen Wahrnehmung werden wir ja fast schon auf eine Radfahrerpartei reduziert.

Falkensee hat beste Voraussetzungen, eine perfekte Fahrradstadt zu werden. Das liegt an den geographischen Gegebenheiten. Die Stadt ist nicht nur flach, es gibt auch fast nirgends Einschränkungen durch eine enge traditionelle Bebauung. Gleichwohl ist die Entwicklung des Fahrradverkehrs in der Stadt, in der früher viel Rad gefahren wurde, in den letzten 25 Jahren zugunsten des Autoverkehrs krass vernachlässigt worden. Das gilt es jetzt wieder zu ändern.

Außerhalb der Hauptverkehrsachsen, wo erwartet wird, dass der Autoverkehr schnell fahren kann, gehört der Fahrradverkehr auf die Fahrbahn. Autofahrer müssen (wieder) lernen, dass Radfahrer gleichberechtigte Verkehrsteilnehmer sind. Diesen Lernprozess muss die Verkehrsplanung durch geeignete Beschilderung und Kennzeichnung auf der Fahrbahn unterstützen.

An Hauptverkehrsachsen sind Radwege einzurichten, wobei besonderes Augenmerk auf eine sichere Verkehrsführung an den Konfliktpunkten (Kreuzungen, Einmündungen etc.) zu legen ist. Die Kosten müssen in die Finanzierungspläne des zu erstellenden Verkehrsentwicklungsplans eingestellt werden.

Linke:

Uns ist zuerst wichtig, dass Verständnis „aller“ Bürger für den Fuß- und Radwegeausbau besonders beim Anliegerstraßenbau zu erwirken. Veränderung sehen wir durch die dringende Überarbeitung des Verkehrskonzeptes im Rahmen eines Stadtentwicklungskonzeptes und die einzelne Betrachtung des Individualverkehrs, wie Auto, Fahrrad und auch Fußgänger.

SPD:

Wir sind für den Ausbau der Radwege und Radfahrangebote in Falkensee. Dazu gehören die Lückenschlüsse an HAUPTSCHLIEßUNGSSTRASSE genauso, wie der weitere Ausbau des Radweges der Sympathie. Ein Problem wird weiterhin die teilweise geringe Trassenbreite unserer Straßen sein. So sind in der Poststraße oder der Bahnhofstraße leider die Möglichkeiten der Verkehrsführung

sehr begrenzt. Wir haben in den letzten Jahren massiv neue Fahrradstellplätze geschaffen. Dazu gehören neben den Bahnhofsbereichen vor allem auch die Schulbereiche.

Ob es tatsächlich „sichere“ Abstellmöglichkeiten geben wird, ist eher unklar. Überdachte Stellplätze halten aber auch wir für erstrebenswert.

6) Nordumfahrung

Die so genannte Falkenseer „Nordumfahrung“ steckt seit 20 Jahren in der Planung, und ein Bau ist nach wie vor nicht absehbar. Aus Sicht der BISF wäre diese Umfahrungsstraße nicht nur umweltschädigend und zu teuer, sie nützt auch kaum zur Verkehrsentslastung in der Stadt und würde laut Verkehrsexperten neue Probleme durch zusätzlichen Verkehr erzeugen. Da die geplante Straße 2011 offenbar rechtswidrig in den aktuell gültigen Landesstraßenbedarfsplan aufgenommen wurde, erwartet die BISF, dass sie allein schon aus Rechtsgründen nicht bis 2025 gebaut werden kann. Entgegen vielen oft geäußerten Erwartungen ist der Verkehr in Falkensee auch ohne Nordumfahrung nicht in dem Maße angewachsen, wie es frühere Prognosen vorhersagten. Verkehrsprobleme in Falkensee entstehen vor allem durch den Binnen- sowie Quell- und Zielverkehr, sind also hausgemacht.

Wie stehen Sie zur Nordumfahrung und sehen Sie Chancen für eine Fertigstellung in den nächsten 10 Jahren? Welche Verkehrskonzepte haben Sie allgemein?

ABÜ:

Die NU ist unnötig. Umfahrungen können da sinnvoll sein wo Fernverkehr auf Bundes- oder wichtigen Landesstraßen durch Ortszentren geführt wird.

Das ist in Falkensee aber nicht der Fall. Der LKW-Durchgangsverkehr als Maut-Umfahrung kann durch entsprechende Verkehrsregelungen - wenn man das denn auch wirklich möchte! - aus der Stadt herausgehalten werden. Das Straßenverkehrsrecht bietet dafür entsprechende Möglichkeiten. Auch wenn die derzeitige Stadtverwaltung das anders sieht!!

Ein zweiter Wichtiger Aspekt dazu ist die weitere Öffnung von Wegen nach und von Berlin. Etliche Gemeinden in Brandenburg verhindern ebenso wie Randbezirke Berlins die Öffnung ihrer "Ausfallstraßen". Sie bewahren sich ihre Ruhe zu Lasten angrenzender Gemeinden. Das kann und darf nicht sein!

CDU:

Jede Entlastung innerstädtischer Straßen trägt zu mehr Verkehrssicherheit, zu weniger Lärm und Abgasen im Siedlungsgebiet bei. Wir halten die Nordumfahrung deshalb nach wie vor für eine sinnvolle Ergänzung des Straßennetzes für Falkensee. Die Chancen einer Fertigstellung vermögen wir nicht einzuschätzen. Wir halten es für inakzeptabel, dass die Landesregierung aus SPD und LINKE in der Vergangenheit eindeutige Aussagen zur Realisierung vermieden hat. Dadurch ist und wird eine verlässliche Verkehrsplanung in Falkensee verhindert.

Bevor wir uns zu „eigenen“ Verkehrskonzepten äußern, wollen wir die Vorschläge der Experten kennenlernen und uns dazu eine Meinung bilden. Aus diesem Grund wollen wir, wie schon unter 3. ausgeführt, die Erstellung eines neuen Verkehrsentwicklungsplanes beauftragen, den es dann zu diskutieren gilt. Grundsätzlich sind wir aber der Meinung, dass die Verteilung des Verkehrs sinnvoller ist, als seine Konzentration.

FDP:

Der Verkehrsinfarkt in der Stadtmitte (Bahnhofstraße/Poststraße; Falkenhagener/Nauener Straße; Spandauer Straße) kann nur vermieden werden, wenn Durchgangsverkehr von der Innenstadt um die Stadt herumgeleitet wird. Insofern ist auch die Errichtung der Nordumfahrung in Falkensee im Sinne des Gemeinwohls. Sie ist nicht Allheilmittel für alle städtebaulichen Probleme in Falkensee,

aber ohne Nordumfahrung und der damit verbundenen Verkehrsentslastung in der Stadtmitte werden sich viele aktuelle Verkehrs- und Lärmprobleme nicht in eine positive Richtung gestalten lassen. Es droht, dass der Immobilität im Straßenverkehr dann auch die städtebauliche und schließlich auch politische Immobilität folgt.

Grüne:

Die Nordumfahrung lehnen die Grünen seit jeher und auch weiterhin vollständig ab. Das ist kurz und eindeutig zu sagen.

Die Frage nach dem allgemeinen Verkehrskonzept ist schwieriger. Den schon gemachten Aussagen zu Bus und Bahn, zu Fahrrad und Fußverkehr entnehmen Sie bitte, dass für uns die Fortentwicklung der Nicht-Auto-Verkehre, also des „Umweltverbunds“ im Vordergrund steht.

Falkensee braucht dringend ein neues Verkehrskonzept, das bestehende ist überaltert und in seiner Wirksamkeit mehr als eingeschränkt durch seine Festlegung auf die Nordumfahrung. Wir teilen die Auffassung, dass die Nordumfahrung in den nächsten 10 Jahren nicht gebaut werden wird und nie gebaut werden sollte.

Das neue Verkehrskonzept muss deswegen „ohne“ die Nordumfahrung „denken“, es muss den Umweltverbund in den Vordergrund stellen, und es muss die Problematik der Ost-West-Verkehre in der Stadt neu untersuchen und Lösungen anstreben. Dazu muss es im Straßennetz Neudefinitionen, Umbauten und Ausbauten geben. Durchgangsstraßen müssen unterschieden werden von verkehrsberuhigten Wohnstraßen. Das Anliegerstraßenausbauprogramm der letzten Jahre, das ja noch einige Jahre weitergeführt werden wird, wird scheitern, wenn damit neben der notwendigen Netzergänzung heimliche Rennpisten durch die Stadt entstehen.

Gerade beim Thema Verkehr wünschen wir uns von der BISF Zuarbeit und offenen Dialog, denn die Konzepte sind nicht fertig und werden auch nicht an einem Stück entstehen. Ein wichtiges Feld bürgerschaftlicher Beteiligung also.

Linke:

Nordumfahrung muss wie in 5. beschrieben in die Betrachtung einfließen.

SPD:

Die Nordumfahrung ist ein gutes Beispiel dafür, dass Politik trotz Bürgerbeteiligung nicht alle Wünsche der Bürgerinnen und Bürger erfüllen kann. Eine große Gruppe in Falkensee ist strikt dagegen, eine andere große Gruppe aber strikt dafür. Das wird sich wohl auch nicht ändern.

Wir sehen Gründe die für den Bau des letzten Abschnittes der Umfahrung um Falkensee sprechen aber auch Gründe dagegen. In der Gesamtabwägung halten wir den Bau für wünschenswert.

Über den Zeitpunkt der Fertigstellung werden wir nicht spekulieren.

Wir gehen davon aus, dass es kein revolutionär anderes Verkehrskonzept für Falkensee geben wird. Insofern wird es die Aufgabe sein, das vorliegende Verkehrskonzept weiter zu entwickeln. Die diesjährige Lärmaktionsplanung und die für das nächste Jahr geplante Fortschreibung des Verkehrsentwicklungskonzeptes sind gute Werkzeuge dafür.

7) Seekonzept

Ein neues Nutzungskonzept für den Falkenhagener und Neuen See wird von der Stadt seit Herbst 2011 erarbeitet. Nach mehreren Verzögerungen bei der Erstellung des Gutachtens und Abstimmungsschwierigkeiten mit der Unteren Naturschutzbehörde war zuletzt nichts mehr von der Fertigstellung des Konzeptes zu hören. Demnach wurde auch noch nicht an der Umsetzung von Maßnahmen gearbeitet.

Wie soll aus Ihrer Sicht weiter mit dem Seekonzept umgegangen werden und wie sollen die Bürgerinnen und Bürger der Stadt davon profitieren?

ABÜ:

Das Gebiet sollte für die Öffentlichkeit als Grünfläche und Seengebiet geschützt, erhalten und gepflegt werden. Zusätzliche Bebauung ist ebenso abzulehnen wie die Duldung unberechtigter Nutzung des Sees durch Anrainer.

Nicht genehmigte Stege sollten entfernt werden, aber auch die Pflege muss so geregelt sein, dass ein erneutes "verlanden" des Sees (siehe Zustand des Sees zur "Wende") verhindert wird.

Michael Richter-Kempin und Olaf Saling

CDU:

Wir unterstützen die Nutzung des Falkenhagener Sees als Naherholungsgebiet. Deshalb sollen möglichst viele Bürger/innen die Möglichkeit haben, den See zu erleben und auch die Uferzone zu betreten und zu nutzen. Gleichzeitig soll dem Ruhebedürfnis der Anlieger Rechnung getragen werden. Der derzeitige Entwurf des Seekonzeptes von Anfang 2013 findet grundsätzlich unsere Zustimmung. Offenbar sind aber noch nicht alle Beteiligten davon überzeugt. Deshalb sollte eine erneute Diskussion dazu stattfinden und ein Beschluss aber nicht mehr zu lange auf sich warten lassen.

Roger Lewandowski / Daniela Zießnitz

FDP:

Das Seekonzept war zum einen die Antwort der Stadt auf rechtliche Anforderung an die Errichtung/Erhalt von (privaten) Stegen. Die Einbindung in ein breiteres Nutzungskonzept wird auch von der FDP Falkensee als sinnvoll erachtet. Weiterer Planungsbedarf muss den Bürgerinteressen nützen. Wir fordern daher die breite Öffentlichkeitsbeteiligung bei der Nachjustierung des aktuellen Seekonzeptes. Die Freizeitnutzung öffentlicher Flächen werden wir unterstützen, damit die Falkenseer Seen als beliebtes Naherholungsgebiet erhalten bleiben und gefördert werden.

Sascha Piur

Grüne:

Der Falkenhagener See ist das größte Gewässer im Stadtgebiet von Falkensee und dessen Uferwege werden sowohl von Spaziergängern, Erholungssuchenden und Freizeitsportler genutzt. Während der neue See komplett durch einen wassernahen Weg mit Blick auf die Wasserfläche erschlossen ist, weist der größere Teil des Sees nur teilweise einen Uferweg auf. Wir Bündnisgrünen möchten den Uferweg am Nordufer verlängern.

Die Variante mit öffentlicher Grünfläche muss der Variante mit privater Grünfläche vorgezogen werden, damit der See für Spaziergänge sowie für Freizeitsport wie Laufen und Nordic Walking optimal genutzt werden kann. Um diese Nutzung umweltverträglich zu ermöglichen, sind Vorkehrungen wie das Anlegen von Wegen und wo erforderlich parallel zum Ufer laufenden Stegen notwendig, wobei der Schutz des Röhrichtgürtels Vorrang einzuräumen ist.

In das Nutzungs- und Entwicklungskonzept für den Falkenhagener See, den Neuen See und der Umgebung wurden von der Fraktion GRÜNE / ABÜ in der SVV Falkensee bereits zahlreiche Vorschläge eingebracht. Ergänzend dazu ist das Anlegen eines Barfußpfades ein weitere Idee, um am See Natur erlebbar zu machen."

Janna Voßnacker / Gerd Gunkel

Linke:

Der Naherholungsbereich „Falkenhagener See“ muss allen Bürgern erschlossen bleiben. Wir sind für einen öffentlich genutzten und städtisch gepflegten Rundweg um den See.

Die Kandidaten der Linken Falkensee

SPD:

Wir setzen uns für eine baldige Fertigstellung des Seekonzeptes ein. Allerdings ist der Bebauungsplan für den Falkenhagener See ein wichtiger Baustein für ein Seekonzept. Im Zusammenhang mit dem Bebauungsplan sind offensichtlich rechtliche Unklarheiten insbesondere durch den Landkreis Havelland auszuräumen. Das ist bisher nicht abschließend gelungen.

Inhaltlich unterstützen wir den vorliegenden Entwurf des Seekonzeptes.

Franc Heinrich